

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENTEN LANDE !

Karl Liebknecht

DER SPARTAKIST

ORGAN DES

K A R L - L I E B K N E C H T - B U N D E S

(I n t e r n a t i o n a l e K o m m u n i s t e n)

Nr. 9 (J u n i 1946) Preis 1,- Schilling

K A M P F D E M H U N G E R !

KAMPF DER VERSCHWÖRUNG DER REAKTION!

Es gibt nichts, was die Massen jetzt mehr bewegt, worum ihr Denken und Fühlße mehr kreist, als den Hunger. "Im Juni wird es höchstens 700 Kalorien geben..."; "Vor einer Rekordweizenernte in den USA..."; "Aus eigener Kraft kann Österreich im Juni nur eine Zuteilung von 230 Kalorien täglich aufbringen..."; "La Guardia ist optimistisch..."; "Für Juni scheint ein Satz von 1100 Kalorien gesichert..."; "Truman warnt vor übertriebenem Optimismus...". So schwankt das Pendel ständig zwischen Hoffnung und Enttäuschung. So lauten sie, diese täglichen Bulletins von der Hungerfront. Sind sie nicht ganz wie Heeresberichte? Oh, sie haben viele Ähnlichkeiten mit solchen! Wie jersind sie nicht Berichte schlechthin, Informationen über die wirkliche Lage, nein, es sind "Berichte" für die Massen, d.h. für die Schlachtopfer dieser Fronten. Darum sind sie so nichtssagend, so unwahr und verlogen. Denn es ist nicht wahr, daß es zu wenig Nahrungsmittel gibt; daß den Hungertod von Millionen abzuwenden über die Kraft und die Möglichkeiten der heutigen Menschheit geht. Weiß Ihr nicht wollt, Ihr Herrschenden von heute, weil Ihr, die Ihr sechs Jahre Krieg geführt habt, diesen Krieg gegen die Massen fortsetzt, weil die Hungerpeitsche in Eurer Hand eine der wichtigsten Waffen ist, um die gepeinigte Menschheit niederzuhalten, darum müssen ganze Völker sterben!

Es gibt nichts wichtigeres als den Kampf gegen den Hunger. Er setzt voraus die Erkenntnis der Ursachen des Hungers, die Erkenntnis, daß der Hunger das Ergebnis einer planmäßigen Verschwörung der Reaktion gegen die Massen ist.

DER KAPITALISMUS IST DIE GRUNDURSACHE

Gewiß, die Ursache des Hungers ist der Krieg. Unser Erdteil wurde verwüstet, die Felder liegen brach, die Herden sind vertrieben, geschlachtet, das Anbaugut vertan; die Transportmittel, Eisenbahn, Schifffahrt sind auf einem Tiefstand; die Produktionsstätten, die Fabriken in vielen und großen Ländern Europas zerstört; die Menschen vertrieben, erschlagen, zugrundegegangen, in alle Winde

zerstreut. Es ist der Krieg der das verschuldet hat. Aber der Krieg ist nur ein Produkt, die Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; er ist nichts anderes als der aufs höchste gesteigerte Konkurrenzkampf der Kapitalisten, die vor den ungeheuerlichen Widersprüchen des verfaulenden Kapitalismus einen Ausweg auf Kosten der Völker suchen, nur damit ihre Herrschaft, die Herrschaft der verfluchten Bourgeoisie, um jeden Preis aufrechterhalten bleibt. Die erste, entscheidende Ursache des Hungers ist der Kapitalismus, der längst aufgehört hat, eine fortschrittliche Produktionsweise zu sein; der sich mitten im Stadium seines Abstiegs, seines Verfalls, der Verwesung befindet. Jeder Versuch seiner Aufrechterhaltung muß unvermeidlich die Menschheit in schreckliche Katastrophen stürzen. Eine solche Katastrophe war die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit, war der Faschismus, war der Zerfall der Welt in einzelne imperialistische Blocks, war der imperialistische Weltkrieg; eine solche Katastrophe ist heute der Hunger. Für die Arbeiterklasse, die das Hauptopfer all' dieser Katastrophen ist, gibt es deshalb nur eine Konsequenz: Fort mit dieser verfaulten Gesellschaftsordnung, fort mit dem Kapitalismus, vorwärts zum Sozialismus!

DIE IMPERIALISTEN ORGANISIEREN DEN HUNGER

Der Hunger ist eine Begleiterscheinung der durch den Kapitalismus und seinen Krieg verursachten Verwüstungen und Zerstörungen. Allein die Wirkung dessen wird vervielfacht durch eine bewußte Hungeroffensive der siegreichen Imperialisten gegen die Völker der unterlegenen Länder.

Haben diese Imperialisten nicht während des ganzen Krieges dem deutschen, dem österreichischen Volke versichert, daß nach dem Kriegsende keine Hungersnot zu befürchten wäre? Daß alles vorbereitet sei, um den hungernden Völkern Europas zu helfen? Riesige Lebensmittelvorräte seien aufgehäuft, das reiche Amerika mit seinen Überschüssen springe in die Bresche, eine eigene Organisation, die UNRRA, sei geschaffen, um sofort nach Kriegsende die Versorgung der durch den deutschen Imperialismus ausgesogenen Länder und auch des deutschen Volkes selbst zu übernehmen. Der Sieg Englands und Amerikas sei der Sieg über den Hunger, über das Elend, der Sieg einer Welt, in der jedermann frei von Not, Furcht und Unterdrückung leben könne. Und sie haben gesiegt; über ein Jahr ist seither vergangen, doch der Hunger ist nur noch größer geworden. Sie reden jetzt nicht mehr von den Überschüssen aus dem goldenen Westen, nicht mehr von den großartigen Vorräten der großartigen UNRRA, sondern nur noch von dem ungeheuren Lebensmittelmangel, der es unmöglich mache, den Hungertod von vielen Millionen zu verhindern. Alle Versprechungen der Imperialisten entlarven sich als Lüge. Und sie lügen auch jetzt.

Trotz aller Zerstörungen sind die Weltproduktivkräfte so groß, ist die Produktion an Lebensmitteln so bedeutend, daß kein Mensch hungerte, würden die vorhandenen Lebensmittel auch an alle verteilt. Die Imperialisten reden vom zerrütteten Transportsystem, verweisen auf den Tonnagemangel. In wenigen Wochen werden mehr als vierhundert Schiffe im Stillen Ozean bei Atombombenversuchen versenkt werden. Das heißt, daß Tonnage genügend vorhanden ist, sobald es sich um die Vorbereitung der neuen Aufrüstung, um die Vorbereitung des dritten imperialistischen Weltkrieges handelt. Nur dann, wenn die hungernden Völker nach Brot rufen, nur dann fehlt diese Tonnage. Die Imperialisten reden von den zerstörten Eisenbahnen; als sie während des Krieges Tag für Tag zehntausende Tonnen Bomben auf die Städte Europas abwerfen ließen, haben sie dafür Eisenbahnen gebraucht? Wer kann sie daran hindern, ihre Bombergeschwader, ihre zehntausende von Bomben- und Transportflugzeugen nun zum Transport von Lebens-

mitteln zu benutzen? Niemand hindert sie daran als ihr eigener schlechter Wille! Sie wollen, daß die Völker zugrunde gehen. Ihr imperialistischer "Friede" ist nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie haben diesen Krieg geführt, um massenhaft Produktivkräfte, die die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise zu sprengen drohten, zu vernichten. Die größte Produktivkraft ist der Mensch selbst. Darum haben sie die natürlichen Opfer des Krieges an den Fronten vermehrt um die Millionen Toten, die der Bombenkrieg im "Hinterland" gekostet hat. Diesen Vernichtungskrieg gegen die menschliche Produktivkraft setzen sie nun mittels der Hungerwaffe fort. Eher sollen die Arbeiter vor Hunger krepieren, als in die Fabriken zurückkehren. - Für die Imperialisten war der Krieg nur der aufs höchste gesteigerte Konkurrenzkampf. Ihr imperialistischer "Friede" ist nur die Fortsetzung dieses Kampfes gegen die unterlegenen Konkurrenten. Sie wollen ihnen Friedensbedingungen aufzwingen, die sie niemals wieder zu einer ernsthaften Gefahr für die Sieger werden lassen. Sie wollen aus den Unterlegenen soviel als möglich herauschinden. Sie wollen ihren Willen den Unterlegenen mittels der Hungerwaffe aufzwingen. - Für die Imperialisten war der Krieg der Ausweg vor der proletarischen Revolution. Ehe sie nochmals 15 oder 20 Millionen Arbeitslose riskierten, schickten sie diese Millionen lieber an die Fronten, sich gegenseitig abzuschlachten. Die Imperialisten haben das Risiko des Krieges nicht gewagt, um nun dem Proletariat der unterlegenen Länder zu gestatten, mit ihrer "eigenen" Bourgeoisie abzurechnen. Die Imperialisten fürchten die proletarische Revolution in Deutschland, in Europa, auf der ganzen Welt. Sie wissen, daß heute die proletarische Revolution wo immer unvermeidlich eine internationale Revolution ist. Darum wollen sie das Proletariat mittels der Hungeroffensive schwächen, mittels der Hungerpeitsche zähmen, es kraftlos und gefügig machen. Für das Proletariat kann es aus all' dem nur eine Konsequenz geben: Schluß mit dem Imperialismus, der Ursache von Krieg, Elend und Hunger!!! Schluß mit ihm, der die Völker gegeneinander hetzt, sie ausspielt zum gegenseitigen Vernichtungskampf! Vorwärts, über die imperialistischen Regierungen hinweg, zur direkten Verständigung der Völker, zum gemeinsamen solidarischen Kampf gegen die imperialistische Weltpest, vorwärts zum internationalen Sozialismus!

DIE ÖSTERREICHISCHE BOURGEOISIE IST MITSCHULDIG

Der Hunger in seiner akuten Gestalt ist von den siegreichen Imperialisten organisiert. Allein wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß an aller Not und allem Elend der Kapitalismus als Weltsystem schuldig ist, dann wäre dieser Beweis geliefert worden von der Bourgeoisie der unterlegenen Länder, die ihrerseits die Hungeroffensive gegen die Massen mitmacht und verstärkt.

Österreich ist ein Industrieland, das auch in normalen Zeiten auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen ist. Vor der Annexion wurde rund ein Drittel der Lebensmittel eingeführt; zwei Drittel deckte das Land selbst. Der Kaloriengehalt der von einem Arbeitslosen, also einem Angehörigen der sozial schlechtesten Schichte, verzehrten Lebensmittel hatte laut amtlichen Angaben einen Tagesdurchschnitt von 3000. Stellen wir die durch den Krieg verursachten Verwüstungen in Rechnung, von denen aber auch Niederösterreich und das Burgenland nur teilweise, die westlichen Bundesländer, vor allem das landwirtschaftlich so reiche Oberösterreich beinahe gar nicht berührt wurden, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß Österreich heute noch aus eigener Kraft eine Zuteilung von durchschnittlich 2000 Tageskalorien aufbringen kann. Hat aber die herrschende Bourgeoisie in Österreich überhaupt ein Interesse

daran, den Hunger zu lindern? Ihre Praxis gibt darauf eine klare Antwort.

Die Bauern stehen unter der Führung der österreichischen Kapitalistenpartei, der ÖVP, die hierbei über zwei wichtige Instrumente verfügt: die bäuerlichen Wirtschaftsverbände, in denen großbäuerliche Elemente die Führung haben - und die Kirche. Hinzu kommt noch, daß die ÖVP mit den ansehnlichen Überresten des Faschismus ein regelrechtes Bündnis geschlossen hat und insbesondere in den Provinzen mit ihnen ganz offen zusammenarbeitet. Die Bauern betreiben Ablieferungssabotage im großen; die zurückgehaltenen Produkte gehen im Schleichhandel ab. Die Wirtschaftsverbände, im Zusammenspiel mit der durch und durch reaktionären staatlichen Bürokratie, betreiben die Sabotage halb offiziell, ohne von irgendjemand zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Industriegabiete werden überhaupt nicht oder nur sehr notdürftig beliefert. Die Preise der Agrarprodukte betragen trotz des Preisstops ein Vielfaches der Vorkriegspreise: dies bei gleichgebliebenen Löhnen, wobei viele Familien überhaupt ohne Einkommen und Unterstützung sind. Die Schleichhandelspreise haben astronomische Höhe erreicht, sind für Arbeiter unzahlbar. Ein bedeutender Teil der industriellen Produktion geht sofort in den Schleichhandel ein und dient als Kompensation für landwirtschaftliche Produkte. Eingesegnet, im geheimen gutgeheissen und mitangestiftet wird das ganze von den Pfaffen, die das "rote" Wien echt christlich aushungern wollen.

Die Absichten, von denen die Bourgeoisie sich leiten läßt, sind leicht erkennbar. Einmal sollen die Arbeiter unter schwerstem Druck gehalten werden; das alte Rezept der österreichischen Kapitalisten, die Provinz gegen Wien auszuspielen, wird wieder einmal angewandt. Zum zweiten sichert sich die Bourgeoisie, indem sie einem Teil ihrer bäuerlichen Gefolgschaft gestattet, sich zu bereichern, die Führung der bäuerlichen Massen. Und drittens ist für einen Teil der Bourgeoisie der Schleichhandel ein gutes Geschäft.

Die Arbeiter sollen aber wissen: Den österreichischen Kapitalisten geht es großartig, sie leiden keine Not. Die österreichischen Kapitalisten ziehen an demselben Strang wie die Siegerimperialisten. Unter ihrer Führung bereichern sich heute groß- und mittelbäuerliche Elemente auf Kosten der Gesundheit, des Lebens der Massen. Für die Bourgeoisie und ihre Partei, die ÖVP, ist der Hunger der Massen ein strategisches Mittel ihrer reaktionären Innenpolitik, d.h. des kapitalistischen Klassenkampfes. Darum: Schluß mit der ÖVP! Schluß mit dieser Organisationszentrale des Hungerfeldzugs! Schluß mit der österreichischen Bourgeoisie, diesen Banditen, die sich sechs Jahre am Hitlerkrieg beteiligt haben und die nun diesen Krieg gegen die eigenen Massen fortsetzen!

SP UND KP HELFEN DEN HUNGERSTRATEGEN

Der Hunger, Begleiterscheinung des kapitalistischen Verfalls, ist in seiner klaren Gestalt das Ergebnis einer planmäßigen Verschwörung der Reaktion gegen die Massen, ein Mittel des internationalen Klassenkampfes der Kapitalisten gegen das Proletariat. Was unternehmen die Parteien, denen die Arbeiter heute noch ihr Vertrauen schenken, gegen diese Verschwörung, was machen SP und stalinsche KP dagegen?

Auf ihnen lastet natürlich der Druck der unzufriedenen Massen. Betriebsrätekonferenzen und kurze Streiks signalisieren die wachsende Empörung der Arbeiter. Beide, SP wie KP, haben deshalb die Parole des Kampfes gegen den Hunger auf ihre Fahnen geschrieben. Allein, es bleibt bei der Parole, d.h. bei den Worten; dem wirklichen, ernsthaften Kampf weichen beide ängstlich aus.

Der wirkliche Kampf gegen den Hunger setzt dreierlei voraus: Einmal müssen die in Österreich vorhandenen Nahrungsmittel restlos erfaßt werden. Diese Aufgabe kann nicht von irgendwelchen Amtsstellen, d.h. der reaktionären staatlichen Bürokratie gelöst werden, die in ihren oberen Regionen offen arbeiterfeindlich ist und daher jede ernsthafte Maßnahme sabotieren wird; deren untere Organe, sich zum Großteil aus einer negativen Auslese aus den zurückgebliebenen Schichten rekrutierend, leicht zu korumpieren und dazu noch träge, initiativlos und ohne speziellen Befehlen von "oben" überhaupt nicht in Bewegung zu setzen sind, und die überdies noch zahlenmäßig gar nicht ausreichen. Die restlose Erfassung der vorhandenen Nahrungsmittel setzt die Existenz von Organen voraus, die allgegenwärtig und ohne besondere Anordnung von "oben" initiativer Handlungen fähig sind. Solche Organe können nur aus den Massen erwachsen; Fabrikkomitees wären die ersten Ansätze dazu. Die Komitees müßten sowohl die industrielle Produktion und Verteilung kontrollieren, wie zur Kontrolle auf dem flachen Lande übergehen. Hinzu müßte aber noch folgendes kommen: Um z.B. bei Hofbegehungen versteckten Vorräten auf die Spur zu kommen, sind lokale Ortskenntnisse notwendig. Über diese verfügen die ärmeren Schichten der Bauernschaft, die ländlichen Arbeiter, die Dorfarmut. Die restlose Erfassung der Agrarprodukte verlangt das Bündnis mit der Dorfarmut. Erst ein aus dem Bündnis zwischen Proletariat und den ländlichen ausgebeuteten Massen erwachsender Erfassungs- und Requisitionsmechanismus würde die restlose Aufbringung der Lebensmittelvorräte garantieren. -

Zweitens müßte es Aufgabe dieser demokratischen Massenorgane sein, die erfaßten Vorräte gerecht zu verteilen. Arbeiter, Frauen, Kinder und Jugendliche sind an die erste, Bourgeoisie, faschistische Elemente, hohe Bürokraten und Pfaffen an letzte Stelle zu setzen. Verheimlichung und Verschiebung von Lebensmittelvorräten sind mit strengsten Strafen, in schweren Fällen mit der Todesstrafe, die sofort und öffentlich vollzogen werden muß, zu bedrohen. -

Drittens müßte die österreichische Arbeiterklasse sich an das Proletariat der Siegerstaaten wenden. Der verbrecherische Hungerkrieg der Sieger muß offen angeprangert, das Proletariat der Siegerstaaten zum solidarischen Kampf gegen die Hungerstrategen aufgerufen werden. Gegen die Hungeroffensive der Imperialisten - die internationale proletarische Solidarität!

Es bedarf nicht vieler Worte, um zu beweisen, daß SP wie Stalinpartei einer solchen Politik unfähig sind. Die Mobilisierung der Massen hierfür ist nur auf der Linie des Kampfes für ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen möglich. Diese können nur auf Kosten der Bourgeoisie, der Imperialisten befriedigt werden. Doch wer mit der Bourgeoisie verbündet ist, kann nicht gleichzeitig ernsthaft für die Masseninteressen eintreten, die Kraft der Massen in die Waagschale werfen, das beweist jeden Tag aufs neue die Praxis.

SP wie KP stehen auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie; beide sitzen mit der ÖVP in der Regierung. Beide sind willfährige Werkzeuge, Lakaien jener Mächte, die das Selbstbestimmungsrecht Österreichs mit Füßen treten und die Hungeroffensive organisieren: die SP der imperialistischen Demokratien des Westens, die KP der bonapartistischen Kremlclique, für die die Beteiligung an der Hungeroffensive der Imperialisten die Konsequenz ihrer nationalistischen, antidemokratischen Politik ist. Bei beiden kommt daher ihr "Kampf" gegen den Hunger über viel mehr als ein weinerliches Geraunze, verbunden mit allerlei Rezepten à la Ernteland, nicht hinaus, d.h. beide kapitulieren letzten Endes vor den "Tatsachen".

VORWÄRTS ZUM KAMPF UM BROT FÜR DIE MASSEN

Der wirkliche Kampf gegen den Hunger liegt auf der Linie des Kampfes gegen seine Ursachen. Der Hunger ist kein unabwendbares Schicksal. Er erwächst aus den Bedingungen des verwesenden Kapitalismus, wie er auch ein Mittel des kapitalistischen Klassenkampfes innerhalb dieser Bedingungen ist. Das Proletariat muß dem Hunger, der es in seiner Existenz bedroht, seine ganze geballte Kraft entgegensetzen. Das heißt, daß es den Massenkampf gegen den Imperialismus, gegen die Bourgeoisie aller Länder aufnehmen muß. Und Schluß mit allen jenen, die diesen Kampf hindern, sich ihm entgegenstellen, ihn verraten!

GEGEN DIE INTERNATIONALE VERSCHWÖRUNG DER KAPITALISTEN
- DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT DER ARBEITERKLASSE!

GEGEN DIE HUNGEROFFENSIVE DER BOURGEOISIE
- DEN KAMPF DER MASSEN!

-----xXx-----

AUS DEN THESEN DES III. WELTKONGRESSES DER KOMINTERN IM JAHRE 1921

ÜBER DIE ARBEITSPFLICHT DER KOMMUNISTEN:

"Die Kommunistische Partei soll eine Arbeitsschule des revolutionären Marxismus sein. Durch die tägliche, gemeinschaftliche Arbeit in den Parteiorganisationen werden die organischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen und den einzelnen Mitgliedern angeknüpft."

"Die Annahme eines kommunistischen Programms ist aber erst die Kundgebung des Willens, kommunistische Partei zu werden. Wenn die kommunistische Tätigkeit ausbleibt und wenn in der Organisation der Parteiarbeit die Passivität der Mitgliefernassen noch immer erhalten bleibt, erfüllt die Partei nicht einmal das Mindeste von dem, was sie durch die Annahme des kommunistischen Programms dem Proletariat versprochen hat. Denn zur ernstesten Durchführung dieses Programms ist die Heranziehung aller Mitglieder zu beständiger, alltäglicher Mitarbeit die erste Bedingung."

"Die Kunst der kommunistischen Organisation besteht darin, im proletarischen Klassenkampf alles und alle auszunützen, zwischen allen Parteimitgliedern die Parteiarbeit zweckmäßig zu verteilen und durch die Mitglieder noch breitere Massen des Proletariats ständig in die revolutionäre Bewegung hineinzuziehen, dabei die Führung über die gesamte Bewegung fest in den Händen zu halten, nicht kraft der Macht, sondern kraft der Autorität, also kraft der Energie, der größeren Erfahrung, der größeren Vielseitigkeit, der größeren Fähigkeit."

"Eine kommunistische Partei soll also in ihrem Bestreben, nur wirklich aktive Mitglieder zu haben, von einem jeden in ihren Reihen fordern, daß er seine Kraft und Zeit, soweit er überhaupt selbst darüber unter den gegebenen Verhältnissen disponieren kann, zur Verfügung seiner Partei stellt und inner sein Bestes für diesen Dienst hergibt."

-----xXx-----

DIE POLITIK DES KREMLIS IN ASIEN

Wie es das politische Bild des Fernen Ostens zeigt, ist die Politik der Oligarchie des Kremls in Asien symmetrisch zu ihrer Politik in Europa. Stalin macht sich zum Verbündeten des amerikanischen Imperialismus; indem er all revolutionären Ansprüchen der kolonialen Massen mit Füßen tritt, benützt er die aufständischen Massen als Sündenbock für seine reaktionäre Diplomatie; und wie in Europa hat er sich in eine schändliche Politik der Eroberung und Plünderung gestürzt. Die führende stalinistische Kaste ist im Begriffe, sich in den unbegrenzten Weiten des Fernen Ostens ein neues großes Gebiet anzueignen.

Seit das militärische Glück sich zu ihrem Glück wendete, begannen die Führer des Kremls ihre geizigen Blicke auf die Mandschurei und Korea zu richten. Sie wußten, daß, wenn der japanische Imperialismus besiegt sein wird, neue Herren auftauchen werden, um ihre Beute zu fordern. Der Kreml war entschlossen, seinen "rechtmäßigen" Anteil entgegenzunehmen und bereitete infolgedessen seine militärischen und diplomatischen Pläne vor.

Churchill informierte uns in seiner letzten Rede vor dem britischen Parlament, daß Stalin in Teheran fest versprochen hatte, daß seine Fernost-Armeen die japanischen Stellungen in der Mandschurei drei Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten in Europa angreifen werden. Und, fügte Churchill hinzu, Stalin ist in der Einhaltung seiner militärischen Versprechungen (gegenüber den Imperialisten) immer pünktlich.

Und in der Tat, Stalin war in dieser Angelegenheit mehr als pünktlich. Als Japan unter den verheerenden Schlägen, die ihm die militärische Maschine der USA versetzte, zitterte und im Begriffe war zu kapitulieren, gab Stalin mehrere Tage vor dem vorgesehenen Datum seinen Truppen rasch den Befehl, in Aktion zu treten, aus Angst, daß Japan "frühzeitig" zusammenbrechen könnte und die SU daher nicht ihren Anteil, der sich aus der Niederlage ergibt, fordern könne. Stalin durfte um seinen Platz am "Friedenstisch" des Fernen Ostens nicht bestohlen werden.

Trotz der geringen militärischen Beiträge der SU im Fernen Osten, besetzt Stalin einen bedeutenden Platz am Bankettisch der Eroberer. In Übereinstimmung mit dem zuvor mit den anglo-amerikanischen Verbündeten abgeschlossenen geheimen Pakt besetzt die Rote Armee den Süden Sachalins, den Norden Koreas und die Kurillen. Durch einen Zusatzvertrag mit China sind die Stellungen der SU in der Mandschurei dieselben, die das zaristische Rußland vor dem russisch-japanischen Krieg von 1905 besetzte. Gemeinsam mit China erhält die USSR den Besitz und die Verwaltung von Port Arthur als Schiffahrtsbasis und rund um den Hafen ist eine Zone vorgesehen, in der die SU das Recht hat, eine Armee, Luftwaffe und Flotte aufrechtzuerhalten. Der andere bedeutende Hafen in der Mandschurei, Dairen, wird als Freihafen erklärt. Aber selbst hier ist vorgesehen, daß der Leiter des Hafens Russe sein wird und daß die USSR die Hälfte aller Installationen und Ausrüstungen des Hafens kostenlos mieten kann. All das kommt nun noch zur sowjetischen "Einflußsphäre" in der Mandschurei. Andererseits setzt die USSR die Ausübung ihrer Kontrolle über die Innere Mongolei fort. So scheint Stalin die jahrhundertealten Träume der früheren zaristischen Diplomatie verwirklicht zu haben.

STALIN VERRÄT DIE BEWEGUNG VON YENKAI.

Und welches ist der Preis, den Stalin für diese sowjetische "Einflußsphäre" in Asien bezahlen muß? von Standpunkt Stalins

ist es unbestreitbar ein sehr günstiger Preis. Er brauchte einfach nur die Garantie zu geben, daß er die konterrevolutionären anglo-amerikanischen Pläne und Ziele voll und ganz unterstützen werde. Und als Beweis für seine Aufrichtigkeit sollte Stalin damit beginnen, die Bewegung von Yennan zu verraten. Stalin erfüllte dieses Versprechen ebenso pünktlich, wie seine Versprechen auf militärischem Gebiet.

Gerade in dem Augenblick wo die Truppen Yennans und der Kuomintang in Richtung der wichtigsten Städte in China marschierten gerade in dem Augenblick wo sie auf beiden Seiten um die Übergabe der japanischen Truppen kämpften, gerade in dem Augenblick wo sich der amerikanische Imperialismus schamlos in die Angelegenheiten Chinas einmischte und offen die Kuomintang unterstützte, veröffentlichte Stalin sein Abkommen mit Tschang-kai-schek. Diese Bombe entzog seinen chinesischen Anhängern den Boden unter den Füßen. Stalin gab formell seine Garantie, nur die Nationalregierung Chinas, die Kuomintang moralisch zu unterstützen und materielle Hilfe zu leisten. Andererseits wurde angekündigt, daß Molotow, sowjetischer Kommissar im Außenamt, dem chinesischen Ministerpräsidenten V. Soong anläß seines letzten Besuches in Moskau erklärte, daß Moskau den Kampf zwischen Tschungking und Yennan als eine "innere Frage" betrachte und daß die SU sich in keiner Weise einmengen werde. Diese Erklärung scheint bereits vorher gegenüber dem Generalmajor Patrick J. Hurley, dem amerikanischen Gesandten in China, anläßlich seines letzten Besuches abgegeben worden zu sein. Die Bewegung der aufständischen Massen in China ist für den Kreml nur eine Schachfigur, die man auf zynische Art dort einsetzt, wo man sie braucht; man verkauft sie, um den niederträchtigen Zielen der Diplomatie Stalins zu dienen.

Welche Gründe drängen die sowjetische Oligarchie zu ihrer gegenwärtigen Politik der gewaltsamen Ausbreitung? Warum überhastet sich diese Kaste von einem Abenteuer zum anderen? Einige haben schon ihre Antwort bereit: "Imperialismus! Die SU ist imperialistisch geworden." Aber eine solche Erklärung trägt eher dazu bei, das Problem zu verwirren als zu klären. Die Geschichte kennt den Expansionismus der verschiedenen Monarchien, Oligarchien, herrschenden feudalen Klassen, Sklavenbesitzerklassen usw. Im wahren Sinne des Wortes könnten alle als "imperialistisch" bezeichnet werden.

Der gewissenhafte materialistische Geschichtsschreiber hingegen muß immer jeden "Imperialismus" mit der großen Aufmerksamkeit studieren und analysieren, um die präzisen Gesetze zu erkennen, die seinen Expansionismus bedingen und die historischen Ursachen, die seine Klasse oder führende Kaste auf diesen Weg drängen, zu definieren. Kautzky zum Beispiel, hat eine solche Arbeit in seinem Monumentalwerk "Der Ursprung des Christentums" vollbracht, indem er sorgfältig die materiellen Ursachen für den Expansionismus der herrschenden Klassen des Altertums aufzeigte. Nur oberflächliche Journalisten können sich damit zufrieden geben, alle diese Anzeichen von variierendem Expansionismus als "Imperialismus" zu bezeichnen und so glauben, damit das Problem gelöst zu haben.

DIE MARXISTISCHE DEFINITION DES IMPERIALISMUS.

In der marxistischen Literatur ist der moderne Imperialismus ein klar definierter Begriff: es ist die Expansionspolitik des Finanzkapitals, die aus der Entwicklung des Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase entspringt. Es ist gewiß, daß die SU nicht den Expansionismus des Finanzkapitals darstellt. Und dennoch ist der sowjetische Expansionismus eine Tatsache. Welches sind also die Gesetze, die den spezifischen Expansionismus der SU bedingen? Welches sind die wichtigsten materiellen Beweggründe, die das stalini-

stische Regime zum Überschreiten der Grenzen drängen? Wir würden natürlich unsere Zeit vergeuden, wenn wir uns um eine Erklärung dieses Problems an die kapitalistischen "Theoretiker" - oder ihre pseudo-marxistischen Nachahmer - wenden würden, die uns die Formel vom "sowjetischen Imperialismus" dargeboten haben. Buchstäblich keiner von ihnen hat versucht konkret zu definieren, was dieser "neue Imperialismus" bedeutet, welche Gesetze seine Entwicklung bestimmen und worin er der früheren Form des Expansionismus gleicht oder sich von ihr unterscheidet. (Dies ist nur eine kleine Illustration des Bankrotts der Ideen der Bourgeoisie in der Periode der Agonie des Kapitalismus).

Ohne zu versuchen, dieses Problem zu erschöpfen, können wir einige der wichtigsten Ursachen, die die Bürokratie Stalins auf den Weg ihrer gegenwärtigen Expansion drängen, aufzählen.

Stellen wir erstens fest, daß die SU selbst in ihrer gesunden Periode, in der Periode Lenins und Trotzki in dem Maße eine Expansionspolitik vollführte, soweit sie dazu imstande war. Trotzki lehrte uns, daß "die proletarische Revolution von Anfang an zu erobern versuchte und während einer gewissen Zeit die baltischen Länder eroberte, in Rumänien und Persien einzudringen versuchte und auch ihre Truppen gegen Warschau schickte (1920)". Warum? Um die internationale sozialistische Revolution zu stärken und um für ihre ökonomische Entwicklung ein größeres Aktionsfeld zu erobern. Um seine strategische Position gegen die kapitalistische Welt zu stärken, hält sich der entartete Arbeiterstaat noch an diese beiden Betrachtungen. Selbstverständlich lösten Lenin und Trotzki ihre Probleme (die Probleme der SU und letzten Endes des Weltsozialismus) in Verbindung mit dem Klassenbewußtsein und der Unabhängigkeit der Arbeiter; die Rote Armee Trotzki war überall der Fahmenträger der sozialistischen Revolution. Stalin versucht seine Probleme (die Probleme der führenden Sowjetkaste) ausnahmslos durch bürokratische und militärische Mittel zu lösen und seine Beamten unterdrücken und plündern die Völker der eroberten Länder genau so wie die zaristischen Offiziere.

DIE KASTE DES KREML HAT NEUE PERSPEKTIVEN.

Zweitens: in dem Maße in dem die führende Kaste sich festigt, werden ihre Ansprüche unverschrämter. Der Krieg hat ihr plötzlich gigantische und unglaubliche Perspektiven eröffnet. Warum soll sie davon nicht profitieren? Ihr Ehrgeiz und ihre Gier scheinen keine Grenzen zu kennen. Unbestreitbar wie die früheren Dynastien ist sie dazu gedrängt, durch gebieterische Notwendigkeiten ihre Macht, ihr Einkommen und ihr Prestige zu erhöhen. Die Schwäche des Weltkapitalismus erkennend, sucht sie alle Auswege und stoßt immer weiter vor, bis sie durch eine starke Opposition gehemmt wird. Die sowjetische Expansion ist weniger durch die Kraft der SU, als durch die Schwäche des Imperialismus und die gegenwärtige Kriegsmüdigkeit der Völker möglich.

Der dritte u.entscheidendste Faktor ist die Angst des Kremls vor dem anglo-amerikanischen Imperialismus und sein Bestreben, die Position der SU für jede kommende Eventualität zu festigen. In diesem Sinne können die Besetzung, die gegenwärtigen Eroberungen der SU mit jenen von 1939 verglichen werden, ausgenommen, daß die Besetzung von 1939 einen rein defensiven Zweck gegen Deutschland hatte. Die gegenwärtige Besetzung richtet sich vor allem gegen die USA und ihren britischen Verbündeten. Die Außenpolitik jeder Großmacht besteht zum Teil darin, gegen ihre Rivalen zu manövrieren und sich in Voraussicht kommender Konflikte strategischer Stützpunkte zu bemächtigen. Es ist gewiß, daß diese Tatsachen im gegenwärtigen Manövrieren und im Streit zwischen den beiden wichtigsten Staaten der

Erde, USA und USSR, eine bedeutende Rolle spielen.

Aber ein noch bedauernderes Element in dieser Auseinandersetzung ist die Tatsache, daß sich die USA und die USSR nicht nur als Rivalen-Staaten, sondern durch ihr entgegengesetztes soziales System gegenüberstehen. Trotz der furchtbaren Entartung (und sie ist furchtbar) der SU und trotz des gegenwärtigen Blocks zwischen dem anglo-amerikanischen Imperialismus und der SU, der noch während einer längeren Periode andauern kann, wird der grundsätzliche Gegensatz zwischen den sozialen Systemen fortauern, solange die USSR das nationalisierte Eigentum als ihre Grundlage aufrechterhält.

DIE MÄNGEL DER NEUEN THEORIE.

Und gerade hier können wir die Fehlerhaftigkeit der Theorie vom "sowjetischen Imperialismus" klar erkennen. Diese "Theorie" verwischt den grundlegenden Gegensatz zwischen zwei unterschiedlichen sozialen Systemen. Anstatt die treibenden Kräfte des Konfliktes klar aufzuzeigen, verwischt sie dieselben, indem sie die vollkommen verschiedenen Arten des Expansionismus der USSR und der anglo-amerikanischen Mächte identifiziert.

Dieses theoretische Kunststück benützend, schämten sich die Max Eastmans, Liston Oaks und anderen vom amerikanischen Imperialismus bezahlten oder nicht bezahlten literarischen Landsknechte nicht, der Konterrevolution in Griechenland ihre Unterstützung zu gewähren. Für sie war das Problem einfach: Es handelt sich, sagten sie uns, um einen Konflikt zwischen dem britischen und russischen Imperialismus. Der Inhalt von all dem ist nicht nur ein teuflisches Argument zur Auslegung der biblischen Schriften für die eigenen verheerenden Ziele; die "Theorie" der Identifizierung des Expansionismus der USSR mit Imperialismus führt zu reaktionären Positionen, sobald es sich um die praktische Politik handelt.

Wenn wir die "Theorie" vom "sowjetischen Imperialismus" verwerfen so heißt das nicht, daß wir auch nur im geringsten die Eroberungen und die Besetzungen durch den Krenl unterstützen. Im Gegenteil! Wir verurteilten 1939 die Besetzung Polens und der baltischen Länder durch den Krenl, trotzdem dieselben von der Nationalisierung des Privateigentums begleitet waren. Dies war unsere Stellungnahme, weil die erhaltenen strategischen Vorteile nebensächlich waren mit dem Haß und der Abscheu gegen die SU, die Stalin durch seine brutale Erobererpolitik in den Massen hervorrief. Mit umso mehr Berechtigung verurteilen und bekämpfen wir die gegenwärtigen Eroberungen Stalins, die keinem fortschrittlichen Ziele dienen und - vergessen wir das nicht - nur dazu bestimmt sind, die revolutionären Massenbewegungen in Europa und Asien zu erwürgen.

Übersetzt aus dem Französischen von
Auszug aus der Revue "Fourth International",
Oktober 1945; wiedergegeben durch die Revue
"Quatrième Internationale", Organ des Europ.
Exekutivkomitees der IV. Internationale.

-----XX-----

K O M M U N I S T E N U N D D E M O K R A T I E

Mit diesem Thema befaßt sich der Sekretär der Stalinpartei, Fürnberg, in "Weg und Ziel" Nr. 1, welches in seiner Summe auf die Klassenversöhnung hinausläuft, die Vereinigung, den Verzicht auf die proletarische Revolution: "Vor Österreich steht heute die Mög-

lichkeit, auf friedlichem Weg eine starke Demokratie aufzurichten, den Frieden zu sichern und die Basis dafür zu legen, daß in friedlichen Wettbewerb die sozialistische Idee, die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform den Sieg davonträgt. Dies alles kann erreicht werden von der parlamentarischen Demokratie aus, durch die parlamentarische Demokratie. Das ist heute eine reale Möglichkeit, und darin liegt der große Unterschied zu 1918."

Der Begriff "Demokratie" oder "Volksherrschaft" ist untrennbar immer mit dem Begriff "Staat" verbunden, da jede Art der "Herrschaft" ohne den nötigen Apparat zur Aufzwingung dieser Herrschaft nichts ist. Dieser Apparat, diese Repressionsmaschine wird durch den Staat verkörpert als Organ der Unterdrückung der Herrschenden gegen die Beherrschten. Die "wahre Demokratie" besteht demzufolge nur für die Klasse, welche im Besitz dieses sehr handgreiflichen Repressionsapparates (mit seinen besonderen Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnissen usw.), des Staates, ist, und welche sich damit als herrschende Klasse organisiert.

Wir unterscheiden heute grundsätzlich zwei Formen der Demokratie: die bürgerliche und die proletarische Demokratie.

Unter der demokratischen Losung: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" entriß das Bürgertum mit Hilfe der anderen unterdrückten Klassen dem Feudalismus den Staat und baute sich seinen Repressionsapparat auf. Der große wirtschaftliche und politische Aufschwung und Fortschritt ermöglichte es der neuen herrschenden Klasse, die Demokratie weitgehendst zu verbreitern und den unterdrückten Klassen wesentliche Vorteile zu gewähren. Es war dies das Bürgertum der freien Konkurrenz in aufsteigenden Ast des Kapitalismus. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Kapitalismus seinen Höhepunkt erreicht; die "friedliche" Weltaufteilung war abgeschlossen; die Periode des kapitalistischen Monopolismus begann; der Kapitalismus wurde Imperialismus. Warf die Kolonialpolitik die Illusionen der bürgerlichen Demokratie schon entscheidend über den Haufen, so mußte die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol sowie der zyklische Ablauf von Konjunktur und Krise, durch die Monopolbildung ungeheuer verstärkt, die bürgerliche Demokratie restlos entlarven als eine Form des bürgerlichen Staates, als die günstigste Form der Verschleierung der brutalsten Unterdrückung der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung durch eine verschwindende Minderheit von Ausbeutern. Der sich immer mehr verschärfende Widerspruch des monopolistischen Kapitalismus, die Bildung einer Finanzoligarchie, entstanden aus Kolonialpolitik, Banken und Monopolen, trieb und treibt die herrschende Klasse automatisch von der bürgerlichen Demokratie zum Streben nach der unumschränkten Herrschaft, zum Abwerfen der lästigen Hülle der Demokratie, zur Aufrichtung der offenen Diktatur. Unter dem Zwang dieser Entwicklung muß das Kapital selbst die schützende Hülle der Demokratie durchbrechen zur Sicherung und Behauptung des Profits. Der Gegensatz innerhalb der kapitalistischen Klasse verschärft sich dadurch noch weiter; während das monopolistische Kapital die bürgerliche Demokratie als Beschneidung des Profits, als Erschwerung des Konkurrenzkampfes empfindet, drängt das liberale linke Bürgertum zur freien Konkurrenz, zur bürgerlichen Demokratie. Gleichzeitig wird das Streben nach Herrschaft wesentlich beschleunigt durch den sich dauernd verschärfenden Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten untereinander, um die Teilung und Unterteilung der Welt und des Weltmarktes, was seinen höchsten Ausdruck findet im imperialistischen Krieg. Dieser Konflikt treibt den Imperialismus zu immer größerer, schärferer Ausbeutung der beherrschten Klassen und erfordert damit ein dauerndes Anschwellen des Repressionsapparates, des Staates, zur Niederhaltung des Proletariats, der Millionen Werktätigen, was umgekehrt wiederum

die Revolutionierung der unterdrückten Massen beschleunigt gegen die Handvoll Unterdrücker und schärfsten Widerstand bedingt.

Auf diesem absteigenden Ast des Kapitalismus ist die bürgerliche Demokratie für das Kapital nur annehmbar, wenn deren reformistische Lasten aus kolonialen Überprofiten (England) oder dem Kapital-export (USA) bezahlt werden kann, oder aber das Bürgertum in eine entscheidende Krise geraten ist. Greift es aus einem dieser Gründe zur bürgerlichen Demokratie als dem Ausdruck seiner Herrschaftsform, dann sichert es sich seine Macht in ihr so gründlich, daß "kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen, noch der Parteien in der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttert" (Lenin). Lediglich der Griff nach der kapitalistischen Repressionsmaschine, die Zerstörung des Staatsapparates kann die bürgerliche Herrschaft zertrümmern. Dies zu organisieren bietet die bürgerliche Demokratie die günstigsten Voraussetzungen (Presse-, Versammlungs-, Organisationsfreiheit, Streik-, Demonstrationsrecht usw.). Dieser Gefahr die Spitze abzubrochen, greift daher die Bourgeoisie inner mehr zu Zwitterlösungen der bürgerlichen Demokratie, "bürgerliche Demokratie der Zensur", der Verbote, der Einschränkungen, bürgerliche Demokratie als Übergangs- und Durchgangsstadium zur raschesten Wiederherstellung der offenen kapitalistischen Unterdrückung. In dieser Hinsicht ist die bürgerliche "Demokratie" ein Kampfinstrument der herrschenden reaktionären Klasse, welche nicht mehr deren Fortschrittlichkeit oder "Einsicht" darstellt, sondern welche sie nur mehr anwendet unter besonderen Umständen zur besseren und neuerlichen Festigung oder Wiederherstellung der Versklavung des arbeitenden Volkes, Umstände, welche die Bourgeoisie inner rascher zu überwinden trachten muß, um ihre Herrschaft zu behaupten.

Unter diesen Bedingungen ist jedes Gerede von "Volksheerrschaft", "Volksrepublik", "Volksfront" usw. aufgelegter Schwindel; bürgerliche Demokratie ist gleichbedeutend mit bürgerlicher Diktatur! "Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist" (Lenin). Dies alles hat Fürnberg "vergessen", der steif und fest behauptet: "Die Arbeiterklasse ist... in einer Reihe von Ländern bereits zur ideologischen und praktischen Führerin der Nation geworden", eine Behauptung die dann zu- trüfe, hätte die Arbeiterklasse in diesen Ländern die sozialistische Revolution vollzogen und ihren Staatsapparat aufgebaut. Indessen, in einer Reihe dieser Länder ist noch nicht einmal die Frage der Monarchie gelöst. Fürnberg ggsteht damit in aller Offenheit, daß die stalinsche "KP", wenn sie von "Demokratie" spricht, die bürgerliche "Demokratie" meint.

Heute ist die Bourgeoisie unfähig, "wahrhaft demokratisch" zu sein, unfähig, die bürgerliche Demokratie zu vollenden, es sei denn, sie würde freiwillig abtreten, freiwillig auf den Profit, freiwillig auf die herrschende Rolle verzichten. Nur Verbrecher können dies dem Volke vorgaukeln, nur Verbrecher können von einem "friedlichen Wettbewerb" innerhalb der kapitalistischen Diktatur sprechen! "Die ausbeutende Klasse braucht die politische Herrschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ausbeutung" (Lenin), es gibt keine "friedliche - wenn auch nicht kampflose (??) - Weiterentwicklung des schon Errungenen in einer Reihe von Ländern", wie es sich der Sekretär der stalinschen Sektion in Österreich vorstellt.

Beamtentum und stehendes Heer, dies sind die Riegel, welche die Bourgeoisie jeder Weiterentwicklung vorschiebt, die sie immer mehr ausbaut, vervollkommenet, mit ihnen alles durchdringt. In ihren Händen wird der Stimmzettel der bürgerlichen Demokratie zu ihrem Werkzeug, das bürgerliche Parlament zur leerlaufenden "Schwatzbude"

indem sie die beschließende Körperschaft von der vollziehenden trennt; die Regierung zur auswechselbaren Spitze, während in den Knazleien und Stüben - welche in ihrer klassenmäßig bürgerlich-bürokratischen Zusammensetzung durch die wechselnden Formen der bürgerlichen Regierungen - auch der bürgerlichen Demokratie - kaum oder überhaupt nicht betroffen werden, die staatliche Arbeit geleistet wird. Fürnberg selbst wird stutzig und schreibt: "Wir wissen, daß Gesetze nur die äußere Form der Demokratie sind, daß es auf ihre Anwendung ankommt... Die Durchführung der Gesetze aber liegt vor allem in der Hand des Staatsapparates. Und wir erleben heute schon, daß all die Gesetze, die irgendwie gegen die Interessen der Massen gerichtet werden können, angewendet werden, während diejenigen, die gegen die reaktionären Kräfte, gegen die Kriegsgewinner, die großen Profithyänen gerichtet sind, nicht einmal eine Durchführungsverordnung erleben." Es bleibt aber bei diesem Herrn nur bei der Feststellung, in der Praxis tritt er dennoch für die parlamentarische - natürlich bürgerliche - Demokratie ein, "welche friedlich verlaufen kann und soll", er verlangt nur, daß die alte reaktionäre Bürokratie ersetzt werde durch einen - demokratischen (?) Staatsapparat, natürlich bürgerlichen Formats, welcher als "Volksdemokratie" bezeichnet wird! Der ganze verbrecherische Unsinn fliegt damit auf: Erstens kommt der Kapitalismus als Herrschaft der Bourgeoisie ohne Beamte gar nicht aus, und solange die Kapitalisten nicht expropriert sind, solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist, solange besteht die privilegierte Bürokratie, "solange ist sogar eine gewisse 'Bürokratisierung' sogar der proletarischen beamteten Personen unvermeidlich" (Lenin). Und zweitens nennt Fürnberg die Diktatur einer verschwindenden Minderheit mit Hilfe ihres Repressionsapparates gegenüber der Mehrheit der unterdrückten Klassen - "Volksdemokratie"!

Die Vertreter der Kremlpolitik sind Vertreter der bürgerlichen Demokratie geworden, die sie "nicht nur für heute und morgen..., sondern so festigen wollen..., daß sie niemals wieder beseitigt werden kann".

Für uns, Vertreter der IV. Internationale, liegt die Sache anders. Wir verteidigen die bürgerliche Demokratie nur gegen die Reaktion, die offene kapitalistische Diktatur; sie ist für uns nur eine Form der kapitalistischen Diktatur, die Form, die uns die beste Voraussetzung gibt, die bürgerliche Diktatur überhaupt zu stürzen und mit ihr die bürgerliche Scheindemokratie, um sodann die proletarische Diktatur, die tatsächliche Demokratie der Mehrheit der ausgebeuteten Klassen über die verschwindende Minderheit der Ausbeuter aufzurichten. In dieser Hinsicht wird auch von der proletarisch-revolutionären Partei das bürgerliche Parlament ausgenützt. Dies aber ist alles undurchführbar im "friedlichen Wettbewerb" mit den Ausbeutern, sondern ausschließlich nur möglich durch den bewaffneten Aufstand der Massen, der organisierten proletarischen Revolution.

Um die Bourgeoisie zu stürzen, muß das Proletariat die politische Macht erobern, die politische Herrschaft erlangen, sich als "herrschende Klasse organisieren", d.h. den proletarischen Staat aufrichten, der sofort nach dem Siege abzusterben beginnen wird und muß. Dies ist die wahre Demokratie, und in dieser Hinsicht ist der Kommunist der einzige wahre, vollkommene Demokrat, Demokrat bis zum Ende der Demokratie überhaupt. Der Gegensatz der proletarischen Demokratie zur Bürgerlichen ist pffensichtlich, verwirklicht doch die proletarische Demokratie die Diktatur der absoluten Mehrheit. Im Unterschied zur bürgerlichen "Demokratie" wird sofort "die Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus 'Schwatzbudon' in 'arbeitende' Körperschaften vollzogen... der alte Beamtenapparat zerschlagen und sofort mit dem Bau eines neuen begonnen, der allmählich jedes Beamtentum überflüssig macht und aufhebt... dadurch, daß jeder 'Bürokrat'

wird, damit es keines ist... die völlige Wahl- und Absetzbarkeit aller beamteten Personen ohne Ausnahme zu jeder beliebigen Zeit, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen "Arbeiterlohn" (Lenin). Dies sind die einfachen und selbstverständlichen Maßnahmen der wahrhaften Demokratie, welche die Interessen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern verbindet. Ebenso wird das stehende Heer, Gendarmerie, Staatspolizei usw. als besonders privilegierte Exekutive sofort durch die sich selbst bewaffnete, selbsttätige Macht der organisierten Bevölkerung ersetzt. Dies zu verwirklichen ist jedoch allein die proletarische Demokratie mit Hilfe ihres Repressionsapparates, des proletarischen Staates, der proletarischen Diktatur in der Lage.

Wenn Fünberg dieser Frage systematisch aus dem Wege geht und weiters in seinem zitierten Artikel auch die SU eine "Volksdemokratie" nennt, so ist dies bezeichnend, in welchen Kreisen sich bereits die stalinistische Politik dreht. Erstens bezieht sie die Bezeichnung "Volksdemokratie" sowohl auf den proletarischen Staat als auch auf die "freiheitsliebenden Völker, . der demokratischen Großmächte" oder das noch monarchistische Bulgarien usw.; sehr deutlich ist demnach das Bestreben des Verwässerns des genannten Ausdrucks. Zweitens kennen wir den demokratischen Charakter der durch die Stalinbürokraten beherrschten SU, welche sich zur kommandierenden Oberschichte über das Proletariat aufgeschwungen haben, jedes demokratische Recht der Massen mit Füßen tretend, selbst das Selbstbestimmungsrecht der Völker - den primitivsten Ausdruck der Demokratie - mißachtend. Und drittens ist auch für den allerdemokratischsten Staat die Bezeichnung "Volksdemokratie" nur mit äußerster Vorsicht zu gebrauchen, da der Staat immer eine besondere Repressionsmaschine darstellt, die sich gegen Teile des Volkes richtet, die Benennung "Volksdemokratie" daher nur zu leicht der Verwässerung dient, da in dem Wort die Klassenherrschaft nicht zum Ausdruck kommt.

Abschließend sei festgelegt: die sozialistische Idee, die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann nie im bürgerlichen Staat, in der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Weg den Sieg davontragen; diese "Möglichkeit" spukt ausschließlich in den Gehirnen der besahlten Lakaien der entarteten Bürokratie herum. Der bürgerliche Staat, die bürgerliche "Demokratie" muß vom Proletariat in der Revolution "aufgehoben", zerschlagen werden. Die proletarische Demokratie dagegen, die auch Staat oder absterbender Staat ist, wird mit diesem "verschwinden"; kein besonderer Unterdrückungsapparat wird mehr notwendig sein, weil es keine Klassen mehr zu unterdrücken gegen wird.

Die vollkommenste Demokratie, die Diktatur des Proletariats, kann nur "absterben", der bürgerliche Staat aber, die bürgerliche "Demokratie", kann nur durch die proletarische Revolution "aufgehoben", zerschlagen, zertrümmert werden.

G.

-----XXx-----

S T R E I F L I C H T E R Z U R L A G E

DIE "WENDUNG" IN DER ENGLISCHEN KOLONIALPOLITIK.

England will binnen zwei Jahren (!) seine ganzen Truppen aus Ägypten abziehen. In Indien ist der englische Exekutivausschuß, das ist die von England eingesetzte Regierung, zurückgetreten, um "den Weg freizumachen für die Herstellung der indischen Unabhängigkeit". Was steckt hinter diesen Schritten des englischen Imperialismus, dessen Handlanger die Atlee, Bevin & Co. sind?

Zweierlei steckt dahinter. Einmal die mächtige Bewegung der Massen in den Kolonien selbst, die durch den indonesischen Aufstand einen gewaltigen Auftrieb erhalten hat. Der englische Räuber will durch seinen heutigen begrenzten Rückzug dem Aufflammen der gewaltigen Bewegung der kolonialen Massen in einem Aufstand zuvorkommen, der sein ganzes Raubsystem gefährlich erschüttern würde. Also ist er bereit, seine Truppen aus Ägypten zurückzuziehen - um sie in Palästina, in der Cyrenaika (siehe den Vorschlag des "Sozialisten" Bevin, Tripolis und die Cyrenaika England zu "überlassen"!) zu stationieren, d.h. in unmittelbarer Nähe der geräumten Gebiete! Einige Bombergeschwader, hundert Kilometer von den geräumten Gebieten entfernt stationiert, genügen heute vollständig, um Ägypten ständig zu bedrohen und seine "Unabhängigkeit" illusorisch zu machen. So ist die ganze "Räumung" in Wahrheit ein Betrug.

Ähnlich in Indien. Die Lage dort ist komplizierter. Der englische Räuber mischt meisterhaft alle Karten, um eine solche indische "Unabhängigkeit" herbeizuführen, bei welcher sich die einzelnen Gruppen (Fürsten, Hindus, Mohomedaner usw.) selbst gegenseitig die Hand an der Gurgel halten und England als ständigen Schiedsrichter brauchen.

Aber neben der Furcht vor einem neuen (und trotz der "Wendung" unvermeidlichen) gewaltigen Aufflammen der kolonialen Befreiungsbewegung in zwei so entscheidenden Ländern für das englische Raubsystem wie Ägypten und Indien treibt noch ein zweiter Umstand den englischen Imperialismus zu seinen heutigen Betrugsmanövern. Das ist die raffinierte Politik des USA-Imperialismus, der seine Räubereien hinter humanitären und pazifistischen Phrasen versteckt. Er "verwirft" die "alte" (englische) Kolonialpolitik. Sie ist nämlich "unmodern" deshalb, weil sie in der Vergangenheit dem englischen Räuber eine ansehnliche Beute sicherte, nach welcher heute der Appetit des amerikanischen Räubers geht! Die "moderne" USA-Ausräuberungspolitik der Kolonien entspringt natürlich dem vom englischen verschiedenen Entwicklungsgang des USA-Imperialismus. Diese "moderne" Raubpolitik arbeitet feiner, raffinierter, "humaner", jongliert mit der Schein-Unabhängigkeit (siehe Philippinen) der unterdrückten Länder bei gleichzeitiger Verwandlung dieser Länder in ausgesprochene Finanzkolonien des USA-Kapitals, das seine Raubinteressen am besten über einheimische "unabhängige" Regierungen gesichert sieht.

Heute dringt das amerikanische Finanzkapital verstärkt vor in China, im Vorderen Orient, aber auch in Indien und Ägypten. Obwohl im hohen Maße mit dem englischen Imperialismus an der Ausplünderung der Kolonien "zusammenarbeitend", trägt doch die kapitalistische Konkurrenz unvermeidliche Gegensätze, Widersprüche in diese "Zusammenarbeit". Der USA-Räuber versucht nun, auf dem Wege einer heuchlerischen "Unterstützung", einer offenen oder versteckten, der verschiedenster unzufriedenen Gruppen in den von England beherrschten Gebieten seine Positionen zu festigen. Er tritt auf für die "Freiheit" der Kolonien, d.h. für die "moderne" Form ihrer Ausplünderung und Unterdrückung.

Deutlich zeigte das Verhalten des amerikanischen Imperialismus zum Aufstand der indonesischen Kolonialmassen, welche "Freiheit" er meint. "Freiheit" von der Ausplünderung der a n d e r e n Imperialisten - um Ausplünderungsobjekt für den amerikanischen Imperialismus zu sein! Erheben sich aber die Kolonialmassen, und droht ihr Aufstand, das g a n z e Gebäude des Imperialismus in die Luft zu sprengen, dann sind sich alle Imperialisten einschließlich des "freiheitlichen" USA-Imperialismus darin einig, mit viehischer Bestialität die Bewegung der Kolonialmassen niederzuwerfen!

Heute dringt der USA-Imperialismus verstärkt vor. Er dringt selbst in Gebiete, die Bezirke lebenswichtiger Raubinteressen des englischen

Räubers sind. Diesem Vordringen sucht nun England mit der neuesten "Wendung" zu begegnen. Das steckt in Wahrheit hinter ihr.

Die Sozialdemokratie ist von dieser "Wendung" entzückt. Wohlweislich verschweigt sie ihre wahren Hintergründe. Sie kann den Imperialismus nicht entlarven, kann seine Betrugsmanöver an den kolonialen Massen nicht enthüllen, ohne nicht damit die Basis, die Quelle der Überprofite zu verschütten, welche der Imperialismus aus den Kolonien erzielt und an denen er die "Sozialisten" mitzehren läßt. Die Sozialdemokratie muß die imperialistischen Manöver idealisieren, den Arbeitern als "Demokratisierung" hinstellen, nur um der wirklichen und einzigen Lösung aus dem Wege gehen zu können,

Der Stalinismus nützt, schmachtet die koloniale Befreiungsbewegung nur aus. Paßt es der Stalinbürokratie in den Kram, will sie ihre angemessene Position gegenüber den Imperialisten verteidigen, was sie als das Interesse der USSR hinstellt, dann gaukelt sie den Kolonialmassen vor, ihre Befreiung im Auge zu haben. In Wahrheit lähmt sie den Kampf der Kolonialmassen, nützt ihn nur aus und schädigt so die wirklichen Interessen der USSR ungeheuer.

Einzig die IV. Internationale kämpft für die Befreiung der Kolonien, verteidigt die wahren Interessen der USSR. Sie macht Front sowohl gegen die "unmoderne" englische als auch gegen die "moderne" amerikanische "Methode" der Unterdrückung und Ausräuberung der Kolonien und abhängigen Länder. Sie zerstört rücksichtslos alle Illusionen über den USA-Imperialismus wie über die "Wendungen" des englischen Imperialismus. Sie entlarvt alle Imperialisten, deckt jede imperialistische Raubmethode auf und tritt allein für die völlige, uneingeschränkte Unabhängigkeit der Kolonien, für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Kolonien und abhängigen Länder ein. Sie macht es besonders dem Proletariat der die Kolonien unterdrückenden Länder zur Pflicht, für die völlige Unabhängigkeit der Kolonien, für deren Selbstbestimmungsrecht bis zum Recht auf Lostrennung zu kämpfen!

+++++

WORT UND TAT.

"Eine Fortsetzung des insolventen kapitalistischen Systems ist politisch wie finanziell unmöglich. Allein der Sozialismus, der Sozialismus auf der ganzen Linie kann uns wieder normale Lebensverhältnisse bringen." So Speiser (SP) in der Budgetdebatte am 22. Mai. Hat er recht? Tausendmal recht! Jawohl: nur der Sozialismus auf der ganzen Linie kann die Massen retten, kann vor dem vollständigen Ruin durch den insolventen, längst überreifen Kapitalismus bewahren! Aber was tut Speiser, was tut die SP, um zum Sozialismus zu kommen, ihn herbeizuführen? Den Worten folgt die Tat. Speiser erklärt am Schluß seiner Rede: "Wir werden die Regierung durch die Annahme des Budgets die nötige Ermächtigung erteilen". Also der Regierung unter Führung der VP, der Kapitalistenpartei, der Regierung, in welcher SP und Stalinpartei eine traute "Ehe" mit den Figl, Raab & Co. geschlossen haben! Der "Sozialismus auf der ganzen Linie" endet also bei der Bewilligung des kapitalistischen Budgets durch dieselbe SP, die vom insolventen Kapitalismus spricht! Daraus müssen die sozialistischen Arbeiter lernen. Sozialismus auf der ganzen Linie heißt eben: unversöhnlicher Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen die Figl, Raab & Co., gegen die VP! Heißt Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse bis zu ihrem Sturz - nicht aber "demokratische Einheit", "Kon-

zentration", "Ehe zu dritt" mit der insolventen, läßt zum Verschwinden überreifen Bourgeoisie!

+++++

SCHWEIGEN HEISZT REDEN!

Der Konkurrenzkampf zwischen SP und Stalinpartei hat auch seine heiteren Momente, aus welchen denkende Arbeiter aber sehr viel lernen können. Da zanken sich SP und Stalinpartei herum wegen der Berichterstattung über die Parlamentsdebatten. Die Stalinpartei wirft der SP vor, die Reden der Koplenig, Fischer & Co. ganz einfach zu verschweigen. Womit zweifellos die Auffassung der SP über demokratische Berichterstattung genügend charakterisiert ist. Aber - o Pech! Wenige Tage darauf wartet die SP mit einer viel, viel wichtigeren Sache auf! Fischer (KP) hatte sich in der Debatte des Außenausschusses - wo also keine Zuhörer vorhanden waren - klar und deutlich gegen ein Sowjetösterreich in irgendeiner Form ausgesprochen! Und nun kommt der Spaß: die "Volksstimme", die sich wenige Tage vorher über die Berichterstattung der "A.Z." beschwert hatte - unterschlägt die wichtige Äußerung Fischers einfach selbst! Für die "A.Z." ein gefundenes Fressen - aber zugleich, und das ist für die Arbeiter das entscheidende - entlarven sich beide, SP und Stalinpartei selbst gegenseitig! Höhnisch fragt die "A.Z." die "Vst.", ob Fischers Rede etwa einer Parteizensur unterworfen wurde! Und was tut darauf die "Vst."? - Sie ist bis heute die Antwort schuldig geblieben! Merkt also, kommunistische Arbeiter: die "Vst." wagt es nicht, euch wahrheitsgemäß zu berichten, daß sich Fischer gegen Sowjetösterreich ausgesprochen hat! Warum aber verschweigt die "Vst." diese Stelle aus der Rede Fischers? Weil sie die ehrlichen kommunistischen Arbeiter täuschen will, weil diese weiter im Glauben belassen bleiben sollen -, daß die "KP" so insgeheim, doch für ein Sowjetösterreich sei! Woran sie wirklich nicht denkt - und Fischer hat da die Wahrheit gesagt. Aber - die Arbeiter sollen sie nicht erfahren, sonst könnten sie leicht Konsequenzen ziehen! Also schweigt die "Vst.". Aber Schweigen heißt hier Reden!

+++++

DEMAGOGEN.

Die Not der österreichischen Arbeiterschaft hat ihren Höhepunkt erreicht. Neben der äußerst schlechten Ernährung, die weit unter dem Existenzminimum liegt, zeigt sich auf allen Gebieten eine starke steigende Kurve sozialer Verschlechterungen. Lohnstop, dafür aber Preiserhöhungen der wichtigsten Lebensmittel, die nominal zwischen 80 - 500% liegen, vom realen Preis gar nicht zu reden, weil die Qualitäten derselben einen nicht feststellbaren Tiefpunkt haben. Nazi-lohnsteuer, erhöhte Sozialabgaben, aber keine Arbeitslosenfürsorge, niedrige Krankengelder usw. Endlos könnte man die Not und die Mißstände aufzählen, Resultate einvierteljähriger neuer österreichischer Demokratie. Der Gipfelpunkt ihrer sozialen Gesetzgebung ist das Arbeitsdienstpflichtgesetz.

Doch neben der Not der Arbeiterschaft blüht ein schamloser Wohlstand. Noch niemals hatte die Ungleichheit eine derartige Höhe erklommen wie heute. Prassen, Schlemmen, Vergnügungstaumel auf der einen Seite, vor Hunger zusammenbrechende Arbeiter und Kinder auf der anderen Seite. So stehen die Dinge und alle öffentlichen, Partei- und Gewerkschaftsstellen haben vom wirklichen Los der Arbeiterschaft Kenntnis.

Was geschah von diesen Stellen bis jetzt, um das Los der Arbeiter

zu verbessern? Nur durch die sich steigernde Unzufriedenheit, die sich hauptsächlich in kurzen Arbeitsniederlegungen, Versammlungen, Resolutionen und Deputationen ausdrückte, sah man sich gezwungen, etwas zu tun. Die Gefahr einer einheitlichen Bewegung der Arbeiterschaft, die sich gegen die wirklichen Ursachen wenden könnte, ist groß, sie abzubiegen war notwendig. Die öffentlichen Stellen versprachen und ließen es beim Versprechen, die SP, "KP" wie Gewerkschaftsbund stellten sich an die Spitze der sich steigernden Unzufriedenheit und Kampflust der Arbeiter, um ihr die gefährliche Spitze einer revolutionären Entwicklung abzubrechen.

So erzwang die Masse durch ihren Druck vom Gewerkschaftsbund die Einberufung der Betriebsrätekonferenz am 16.4.46. Doch die Forderungen und Beschlüsse der Konferenz weisen darauf hin, daß die Gewerkschaftsführung sich mit allen Mitteln bemühte, gefährliche Forderungen, besonders die Durchführungsmaßnahmen, abzuwürgen, den Kapitalisten verdaulich zu gestalten. Sechs Wochen seit dieser Konferenz sind vergangen und das Los der Arbeiter

hat sich nicht nur nicht verbessert, sondern weitaus verschlechtert. Keine Forderung, kein Beschluß, selbst die kastriertesten Forderungen und Beschlüsse dieser Konferenz fanden bis heute eine Verwirklichung. Ministerkomitees, Ausschüsse, die nur den Zweck haben, sich viel zu beraten aber nichts zu tun, die Arbeiter zu betrügen, sind die einzigen Maßnahmen, um die Arbeiter abzuspeisen. Aber auch die Arbeiter haben sich noch nicht auf dem richtigen Wege gefunden, um ihre Kraft zu vereinheitlichen, auszurichten und konsequent anzuwenden. Noch begnügen sie sich mit kurzen Arbeitsniederlegungen, Resolutionen und dergleichen und diese meist nur auf ihren Betrieb beschränkt.

Dennoch die österreichische Bourgeoisie verspürt den Vulkan, auf dem sie steht. Sie will von den Verrätern der Arbeiterklasse noch mehr, sie will, daß sie ihr Ruhe und Ordnung verschaffen, damit sie vom Hunger der Massen ihre Profite steigern kann, sie will, daß die Massen, wenn sie krepieren, in Ruhe krepieren. Herr Figl drückte das unumwunden aus, als er in einer Rede vor dem österreichischen Wirtschaftsbund erklärte: "Die Arbeitsniederlegungen sind nicht der Ausfluß einer momentanen Erregung, sondern einer systematischen Demagogie, einer demagogischen Verhetzung. Demokratie bedingt neben Freiheit auch die Pflicht zur Arbeit... Demonstrationen schaffen kein Brot".

Die Verräter der Arbeiterklasse verstanden den Hinweis des Herrn Figl, also noch mehr demagogischer handeln. Zwei Tage nach der Rede erließ der Gewerkschaftsbund einen Aufruf, worin er die Arbeiterschaft von der Fortsetzung der Aktionen warnt, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen keine Besserung bringen würden. Und sie haben alle recht, diese Herren. Streiks und Demonstrationen als bewußte Kampfmittel für die Interessen der Arbeiterklasse schaffen kein Brot für die Kapitalisten und ihre Lakaien. Dafür würden sie aber der Arbeiterklasse auf Kosten dieser Herren Brot verschaffen, indem sie diesen Nutznießern und Spekulanten der Not der Masse, den Demagogen aller Richtungen und Schattierungen, ihre Profite und Pfründen radikalst kürzen würden.

Profitschänder und Pfründenjäger werfen sich gegenseitig Demagogie vor, weil sie sich wegen der Methode, die Massen zu betrügen, nicht einigen können. Noch können sie dies ungeschoren tun, weil die Kraft, die frei von jeder Demagogie die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer Interessen und Bedürfnisse führen wird, noch nicht offen in diesen Kampf eintreten kann. Noch ist sie zu schwach dies zu tun. Doch nicht zu schwach sind wir, um durch eine konsequente Kritik an Gewerkschaft und Parteien, aber ebenso an den Fehlern der Arbeiterklasse dieser nicht den richtigen Weg im Kampfe gegen

Hunger und Not weilen könnten. Und dies ist unsere wichtigste Aufgabe, besonders in den Betrieben. Erfüllen wir unsere führende Rolle überall dort, wo uns eine Möglichkeit geboten ist.

+++++

SÜDTIROL.

Die österreichische Bourgeoisie ist, gestützt auf ihre Lakaien SP und StP, außenpolitisch zur Offensive angetreten, indem sie verschiedene Gebiete fordert. Die wichtigste, in den Vordergrund gestellte Forderung ist die auf Südtirol. Unter der Maske des "Unrechtes am österreichischen Volke", des "Selbstbestimmungsrechtes", sowie ethnographischer, geschichtlicher, nationaler, moralischer Anrechte wird diese Forderung der "Heimkehr" Südtirols unterstrichen, zu einer äußerst österreichisch-chauvinistischen, der Aufputschung des Volkes dienenden, zugleich um die Arbeiterklasse abzulenken, verwendet.

Kein Wort hört man darüber, besonders von den Vertretern der "Arbeiter"-Parteien, daß hinter dieser scheinbar "gerechten" Forderung in Wahrheit sich der gierige Blick der österreichischen Finanzbourgeoisie verbirgt, die auf diese Art versucht, sich der großen Wasserkraftwerke und der bedeutenden chemischen und metallurgischen Industrien, die Italien dort aufgebaut hatte, zu bemächtigen und dadurch für seine verlorene Politik von 1938 bis 1945 Entschädigung zu erlangen.

Wie steht die Frage um Südtirol nun wirklich? Ist die Forderung auf Südtirol, wie sie Ernst Fischer auf der Südtirolkundgebung in Wien stellte, eine Forderung, die "über den politischen Augenblick hinausragt, eine Forderung, die das Volk erhebt, das Volk in seiner Gesamtheit..." und daher "...trennend zwischen Österreich und Italien steht", berechtigt? Sicher, der Friedensvertrag von St. Germain, der Südtirol Italien zusprach, war ein Unrecht, eine schreiende Vergewaltigung der demokratischen Rechte. aber nicht nur der der Südtiroler, sondern einer Reihe von Völkern und nicht nur in einer demokratischen Frage - wie das Selbstbestimmungsrecht - sondern aller demokratischen Fragen. Das Wesen des Imperialismus ist doch überhaupt, alle demokratischen Rechte der Völker, inklusive des eigenen Volkes, mit den Füßen zu treten! Gibt es diesbezüglich nicht genügend Beispiele, wie die Friedensverträge des letzten imperialistischen Krieges und der sich anbahnenden Friedensverträge?

Man braucht diesen Fragen nur auf den Grund zu gehen und schon wird der großangelegte Schwindel der Forderung auf Südtirol - von wo sie auch immer abgeleitet und mit welchen "Anrechten" sie auch immer verbrämt sein mag - selbst in Munde der Demokraten vom Format der SP und StP. offensichtlich. Wessen demokratischen Rechte wurden durch den Frieden von St. Germain mißachtet? Offensichtlich doch nur die der Südtiroler, indem einzig und allein nur ihnen das demokratische Recht genommen wurde, nach ihren Willen und Sympathien zu entscheiden, welchem Staat sie angehören wollen. Weder Italien noch Österreich kann daher das Recht beanspruchen, in einer Angelegenheit, die nur die Südtiroler betrifft, einzugreifen und in Forderungen zu kleiden, die nur zu offensichtlich den beschränkten, nationalen, chauvinistischen Standpunkt der eigenen Bourgeoisie darstellen.

Die Fischer, Honay und Konsorten in Österreich sind in Wahrheit ebenso gegen die demokratischen Rechte der Völker, inklusive des Selbstbestimmungsrechtes, und mögen sie noch so sehr dafür schreien, wie ihre Gesinnungsgenossen in Italien, England usw. Denn von welchen Rechte leitet Fischer seine Forderung auf das Berchtesgadener Gebiet ab? Ist er vielleicht der Meinung, daß die Berchtesgadener

bei einer freien Willensäußerung sich für Österreich entscheiden würden? Nein! Er spricht in diesem Falle selbst von Wiedergutmachung. Oder was sagt er zu seinen Gesinnungsgenossen, Herrn Scoccinarro, der in seiner Eigenschaft als kommunistischer Finanzminister in Trient eine Rede hielt, worin er sich zum "Recht auf Selbstbestimmung" bekannte, aber zugleich erklärte, daß es sich im Falle Südtirols "um ein Grenzproblem handelt, bei dem man in erster Linie den Interessen eines 55-Millionen-Volkes Rechnung tragen muß. Deshalb bestehen die Italiener auf der Brenner-Grenze und sichern dabei der deutschen Minderheit alle Freiheiten und alle Garantien zu". Scoccinarro vergißt, daß das Bekenntnis zum Rechte auf Selbstbestimmung eine hohle Phrase ist, wenn man es nicht bis zur letzten Konsequenz, bis zum Recht der Lostrennung anerkennt. Er ist eben wie Herr Fischer ein Lakai seiner Bourgeoisie.

Nicht anders steht es mit den Lakaien von Seiten der SP. Sie treten wohl raffiniert auf, indem sie nicht offen die Forderung auf Südtirol stellen, sondern "für eine freie demokratische Abstimmung" eintreten. Nur vergessen sie dabei, daß sie diese Forderung nicht auf Südtirol beschränken dürften und daß sie verpflichtet wären, mit allen zu brechen, die dieses demokratische Recht irgendeinem Volke, unter irgendwelchen Begründungen, bis zum Recht der Lostrennung vorenthalten wollen. Wie sieht es aber mit Herrn Bevin aus, der dieses Recht nicht nur den 500 Millionen vom englischen Imperialismus unterdrückten Völkern, sondern auch den Südtirolern verweigert? Will die SPD mit diesen Herren eine neue Internationale eingehen, sich international auf dieselbe politische Linie stellen?

Für uns Internationalisten ist die Frage Südtirols klar. Wir haben in dieser Frage keine Forderungen zu stellen, die sich von ethnographischen, geschichtlichen, moralischen Rechten, am wenigsten von dem "Rechte" Österreichs ableiten. Wir fordern wohl das Recht der Südtiroler, sowie aller Völker, der freien Selbstbestimmung bis zu ihrer Lostrennung. Wir werden mit jedem brechen, der nicht dieses Recht bis zu seiner äußersten Konsequenz anerkennt und dafür kämpft. Aber gleichzeitig würden wir auch mit diesen brechen, die dieses Recht über die Interessen und den Kampf des Weltproletariats stellen und dadurch den nationalen, reaktionären Zielen des Imperialismus dienen würden. Daher rufen wir den Südtirolern zu: Wollt ihr das Recht eurer freien Bestimmung, dann kämpft mit und gegen die Bestrebungen des Imperialismus, die demokratischen Rechte der Völker zu vergewaltigen; kämpft mit uns für die demokratischen Rechte aller unterdrückten Völker. Laßt auf keinen Fall zu, daß sich hinter eurer gerechten Forderung der eine oder der andere Imperialist versteckt, werdet kein Werkzeug für österreichisch-imperialistische Ziele. Der einzige Weg aber, weder diesem oder jenen Imperialisten zu dienen, die Rechte aller Völker zu erkämpfen liegt einzig und allein in der völkerbefreienden proletarischen Weltrevolution.

-----XXZ-----

M I T T E I L U N G D E R R E D A K T I O N .

Mitten in der Veröffentlichung der Arbeit "Die Weltlage und unsere Aufgaben" (siehe "Spartakist" Nr. 4, 6, 7), welche auf das Referat auf der Konferenz unserer Organisation im Oktober 1945 zurückgeht, erreichte uns ein wichtiger Artikel "Der neue imperialistische 'Friede' und die Schaffung der Parteien der IV. Internationale", der von der April-Konferenz der Internationale angenommen worden ist. Da diese wichtige Arbeit dasselbe Thema wie der von uns zum Teil bereits

veröffentlichte Artikel behandelt, hat sich die Redaktion entschlossen, vorerst den eingelangten Artikel der Internationale zu prüfen und dann zu erwägen, ob eine weitere Fortsetzung der Veröffentlichung von "Die Weltlage usw." noch nützlich ist. Die Redaktion stellt schon jetzt fest, daß die grundlegenden Ansichten, wie sie das Referat unserer Oktober-Konferenz aussprach, mit dem von der Konferenz der IV. Internationale in April 1946 niedergelegten völlig übereinstimmen. Dieser erfreuliche Umstand veranlaßt die Redaktion umso mehr zu der oben angeführten Vorgangsweise.

-----XXx-----

G E N O S S E N ! G E N O S S I N N E N !

Geht den Arbeitern voran in den Kämpfen für ihre täglichen Interessen! Wo immer ihr steht, vor allem aber in den Betrieben, müßt ihr der vorwärtstreibende Teil der Klasse sein! Keine Arbeiterforderung ist so gering, als daß sie nicht unserer Beachtung, unserer Kampfinitiative würdig wäre!

Stellt euch an die Spitze der kampfgewillten Arbeiter!

Fordert die 40-Stunden-Woche bei gleichem Lohn!

Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise!

Abschaffung der Nazi-Kriegs-Lohnsteuer!

Alle Lasten auf die Kapitalisten, Schieber und Spekulanten!

Kürzung der Lebensmittelrationen für die Kapitalisten, Großbauern, hohe Staats- und Kirchenbürokratie!

Arbeiterkontrolle bei der Lebensmittelverteilung!

Arbeiterkontrolle bei der Aufbringung der Lebensmittel!

Schaffung von Komitees der Arbeiter und Arbeitsbauern, die gemeinsam bei Ausschaltung jeden Zwischenhandels die Ernährung organisieren!

Sofortige Zuteilung von ausreichenden Zigaretten an alle Arbeiter und Angestellten, an Frauen und Männer! Abschaffung der Schillingzigaretten! Einstellung der Zuteilungen an Kapitalisten, Nazi! Arbeiterkontrolle in der Tabakregie!

Stärkt das Kampfvertrauen der Arbeiter! Lehrt sie, für ihre Interessen wirklich zu kämpfen! Lenkt sie immer wieder darauf hin: nur der Sozialismus, die proletarische Diktatur, kann den Massen wirkliche Rettung bringen!

-----XXx-----

G E N O S S E N !

Vergeßt nicht, daß wir in der Illegalität arbeiten. Beachtet die Regeln der K o n s p i r a t i o n !

Denkt an eure Pflicht, gegenseitig Solidarität zu üben. Helft einander bei der Abwehr des Hungerkrieges und ähnlicher Offensiven der Bourgeoisie mit teuflischen Mitteln!

Stärkt den K a m p f f o n d !

=====XXX=====